

VN

GASTKOMMENTAR

**Peter
Bußjäger**



Katastrophenfall kann man nicht privatisieren

erzeit wird diskutiert, in Österreich die Wehrpflicht abzuschaffen. Eine Debatte, die, wie so oft in diesem Land, am eigentlichen Thema vorbeigeht. Die Frage, was die Kernaufgabe des Bundesheeres ist, bleibt nämlich auf der Strecke. Diese bestünde eigentlich darin, Sicherheit zu schaffen. Dabei geht es zuerst um die militärische Sicherheit: Bloß weil sich heute niemand vorstellen will, dass es

”

Aber auch die Sicherheit im Land - abseits der militärischen Bedrohung - darf nicht aus dem Blick verschwinden.

auch in einer scheinbar friedlichen Gesellschaft militärische Bedrohungsszenarien gibt, heißt es noch lange nicht, dass sie niemals eintreten. Dazu kommt, dass wir in einem gemeinsamen Europa auch eine solidarische Verantwortung für die Friedenssicherung in der Welt haben und diese nicht immer nur anderen überlassen dürfen. Daher müsste man sich auch Gedanken über die Zukunft der Neutralität machen, denn jeder weiß eigentlich, dass wir unseren Frieden nicht unserer Neutralität verdanken. Doch statt über die Einbindung Österreichs in ein europäisches Sicherheits-

system nachzudenken, wird darüber gestritten, ob ein Heer mit oder ohne Wehrpflicht billiger ist.

Aber auch die Sicherheit im Land - abseits der militärischen Bedrohung - darf nicht aus dem Blick verschwinden. Und zwar Sicherheit im ganzen Land! Denn von der Öffentlichkeit kaum beachtet, werden schon jetzt bewährte Sicherheitsstrukturen Schritt für Schritt demontiert. Die immer wieder aufs Neue geplante Beseitigung der Militärkommanden in den Ländern zum Beispiel: In Katastrophenfällen hätten die Landesregierungen keine Ansprechpartner mehr. Im Ernstfall dürfte man eine Telefonnummer im Ministerium in Wien wählen und hoffen, dass dort einer der gut 1000 Beamten (wieso braucht es dort eigentlich so viele?) abnimmt, der entscheidungskompetent ist.

Der neueste Gag ist die offenbar konkret beabsichtigte Schließung aller noch verbliebenen Kasernen in Vorarlberg und vieler anderer im Westen des Bundesgebietes. Dies würde dann bedeuten, dass auch keine Ressourcen mehr vor Ort vorhanden wären, die im Zusammenspiel mit den zivilen Rettungsorganisationen in Krisenzeiten unbedingt benötigt werden. Ausgerechnet im Jahr des Ehrenamtes würde sich der Staat in einer Kernaufgabe aus der Verantwortung stehlen und den Katastrophenfall privatisieren. Auch um diese Fragen der Sicherheit muss es in der Debatte gehen, bevor darüber geredet wird, ob jungen Leuten heute noch zugemutet werden kann, sich ein paar Monate in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Es ist schlimm, dass man sich im Verteidigungsministerium diese wirklich wichtigen Fragen offenbar nicht mehr stellt.

peter.bussjaeger@vn.vof.at

Die VN geben Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äußern. Sie muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.